

DAS THEMA



Lücken bei der zahnärztlichen Versorgung

Zahnarzt ist ein Mangelberuf in der Steiermark, aber auch in anderen medizinischen Fachbereichen ist Versorgung ungenügend.

Von Verena Schaupp und Martina Marx

Es ist für viele nicht die angenehmste Vorstellung: der anstehende Besuch bei Zahnärztin oder Zahnarzt. Aber es hilft nichts, mindestens einmal im Jahr sollte man eine Ordination zur Kontrolle aufsuchen. Doch was, wenn niemand mehr da ist, der helfen kann? Oder anders gesagt: Zahnärzte sind Mangelware.

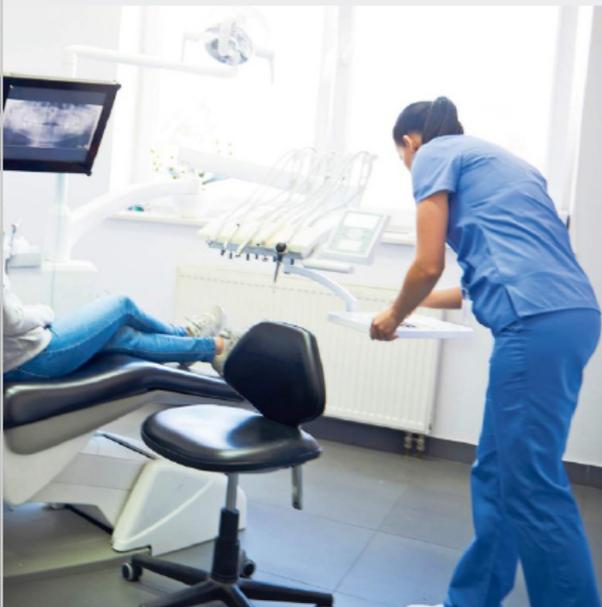
Laut einer Anfrage der Neos bei der österreichischen Zahnärztekammer schließen hierzulande überdurchschnittlich viele Zahnarzt-Ordinationen. „Die Steiermark liegt im Bundesvergleich auf dem letzten Platz“, sagt Neos-Klubobmann Niko Swatek. Im Jahr 2014 gab es demnach 567 Ordinationen in der Steiermark, nun sind es 494 – ein Rückgang um 12,87 Pro-

zent. Diese Zahl setzt sich aus 316 niedergelassenen Zahnärzten mit Kassenverträgen und 178 Wahlärztinnen zusammen (Stichtag 9. Jänner 2024).

„Grundsätzlich gibt es diese Problematik in jedem Bundesland“, sagt Laurenz Maresch von der steirischen Zahnärztekammer. Und er betont, dass sich die Situation verschärfen werde, wenn die sogenannten Babyboomer in Pension gehen. Von den 316 Kassenzahnärzten sind 48 im Alter zwischen 20 und 39 Jahren, 109 zwischen 40 bis 54 Jahren. Zwischen 55 und 59 Jahre sind 46 Dentisten, zwischen 60 und 69 Jahren gar 115 Personen. Es gehen also binnen der nächsten fünf Jahre 36 Prozent der Kassenzahnärzte in Pension, in den kommenden zehn Jahren sind es rund 50 Prozent.

Hinzu kommt, dass schon jetzt Kassenstellen in der Steier-

Pensionierungswelle trifft steirische Zahnärzte.



Schon jetzt können offene Kassenstellen in der Steiermark nicht besetzt werden

ADOBESTOCK

“

Wir müssen uns ehestmöglich Gedanken über die zahnmedizinische Grundversorgung der steirischen Bevölkerung machen.

Laurenz Maresch
Zahnarzt

“

mark nicht besetzt werden können. Aktuell gibt es 41 unbesetzte Stellen – sieben in Graz, 34 außerhalb der Landeshauptstadt. Zählt man zu den 41 unbesetzten Stellen die 115 der 60- bis 69-Jährigen sowie die 46 der 55- bis 59-Jährigen hinzu, sind in den kommenden zehn Jahren 202 Stellen in der Steiermark neu zu besetzen. In Graz ist das Problem nicht so evident, besonders betroffen sind die ländlichen Bezirke. Allen voran die Bezirke Liezen, Voitsberg, Bruck-Mürz-zuschlag, Hartberg-Fürstenfeld und Deutschlandsberg.

Interessant: Die Zahlen der Österreichischen Gesundheitskasse weichen davon ab. Die ÖGK spricht (Stand 1. Jänner 2024) von 27 unbesetzten Kassenstellen in der steirischen Zahnmedizin. Bei der ÖGK kann man sich das nur damit erklären, „dass wir reservierte Stellen nicht mehr mit einberechnen, von denen wir wissen, dass sie zum Beispiel im nächsten Quartal besetzt werden“. Laut ÖGK liege

man bei einem Besetzungsstand von 93,4 Prozent. „Wir müssen uns ehestmöglich Gedanken über die zahnmedizinische Grundversorgung der steirischen Bevölkerung machen“, sagt Zahnarzt Maresch. Werden keine Maßnahmen gesetzt, sieht der Vertreter der Zahnärztekammer die notärztliche Versorgung durch die niedergelassenen Zahnärzte in Gefahr.

Doch nicht nur die Zahnärzte haben ein Problem. Im Fachbereich „Frauenheilkunde und Geburtshilfe“ sind von 53 Planstellen fünf Stellen laut ÖGK in der Steiermark unbesetzt. Das heißt, bei den Gynäkologinnen fehlen fast zehn Prozent. Bei den Allgemeinmedizinerinnen und Fachärztinnen hingegen liegt man bei zwei bis drei Prozent, die unbesetzt sind. Letzteres gelte für die Steiermark sowie für gesamt Österreich, heißt es von der Gesundheitskasse. Der Besetzungsstand sei hier gut, doch man verstehe, „wenn der eine Allgemeinmediziner im Ort in

Pension geht und nicht gleich nachbesetzt wird, wühlt das die Leute natürlich auf“.

Die ÖGK versucht daher neue Ansätze, „mit diesen wollen wir auch Jungen zeigen, dass der Job attraktiv ist“. Zusätzliche Kassenstellen im Rahmen der Initiative +100 werden geschaffen, der Ausbau der Primärversorgung intensiviert, unterschiedliche Arbeitszeitmodelle sollen mehr Flexibilität bringen, Mentoring-Programme sollen den Einstieg in die Kassenpraxis erleichtern. Zahnarzt Maresch fordert ein Maßnahmenbündel sowie einen Schulterschluss von Politik, Sozialversicherungsträgern und Ärzteschaft ein. Vor allem die Anpassung, also Erhöhung, der kassenärztlichen Tarife sei ein Hebel. Ein anderer sei die Wiedereinführung der Quotenregelung an öffentlichen Universitäten. Zu viele junge Ärzte aus dem EU-Ausland würden in Österreich ihre Ausbildung erhalten, danach aber wieder in die Heimat zurückkehren.